

Feministisches Institut der Heinrich Böll-Stiftung e.V.

## 20. Green Ladies Lunch

17. Juni 2006, Berlin

### „Globale Frauenbewegung(en) – Perspektiven des Feminismus im 21. Jahrhundert“

Beitrag von **Prof. Dr. Christina Thürmer-Rohr** (Berlin)

Vor 30 Jahren waren wir animiert von dem Mut, der Wahrheit ins Auge zu sehen. Heute wissen wir nicht mehr, was „die Wahrheit“ ist, auch nicht, was „die Frau“ und was „der Feminismus“ ist. Das Wort „Ideal“ nimmt man kaum noch in den Mund. Wir scheuen die großen Worte und die Sinnfragen. Was stattdessen den Sieg davongetragen hat sind *betriebswirtschaftliche* Modelle, mit denen den Ungleichheiten beizukommen und das Geschlechterproblem wie die Gesellschaft überhaupt zu managen sei.

Betriebswirtschaftliche Logik spiegelt sich auch in gegenwärtigen Gender-Konzepten wieder: Die Schlechterstellung eines Geschlechts ist unwirtschaftlich; Ungleichheit ist ungut, sofern sie der Effizienzsteigerung schadet; Ungleichheit soll reduziert werden, um menschliche Ressourcen besser ausschöpfen zu können<sup>1</sup>. Ungleichheit - ein Wettbewerbsnachteil, eine Kosten-Nutzen-Rechnung. Gender-mainstreaming, gender training, Genderkompetenz etc. sind in der Gefahr, auf einen Zug aufzuspringen, der angefüllt ist mit unternehmerischen und bürokratischen Vorstellungen von Verwaltungshandeln und höchstmöglicher Potentialausschöpfung. Man gewinnt den Eindruck, die feministische Perspektive liege in allererster Linie in Karriere, Führungs-, Manager-, Vorstandsposten für entsprechend geeignete Frauen. Wem der erreichte oder angestrebte Erfolg dient, wird nicht mehr gefragt, Inhalte scheinen geklärt, lediglich die passenden Strategien müssen gefunden und Richtlinien implementiert werden. Die alte Warnung vor einer „Gleichheit nur für Gleiche“ scheint vergessen.

So weicht *Gesellschaftskritik* einer Ökonomisierung dessen, was und wie ein Mensch sein soll und wozu er da ist oder da sein könnte. Die marktförmige Handhabung von Geschlechterfragen, die Ökonomisierung des Denkens und der gesamten Lebensvorstellungen spiegelt den Verlust eines Ziels, das selbst die Wirtschaftswissenschaften des 18. Jahrhunderts, wenn auch reichlich naiv, anstrebten, nämlich das früher sogenannte Glück. Statt von diesem ist die Rede von Wachstum und Beschäftigung, und Vollbeschäftigung steht als machbares Faktum und gesellschaftlicher Wert außer Frage. „Gutes Leben“ und Kaufkraft sind gleichgesetzt. Durchgesetzt hat sich auch ein technokratischer Politikbegriff, der das Politische allein in Institutionen und nicht mehr im Handeln der Bürger/innen lokalisiert – eine Professionalisierung, die in empathieloser Formelsprache und im Expertengerede von Sozialingenieuren landet. Für die Bevölkerung ist das Unterforderung und Überforderung zugleich.

Unlängst druckte die taz einen aktuellen Text von Nancy Fraser unter der Überschrift ab: „Frauen, denkt ökonomisch!“<sup>2</sup>. Fraser fordert, daß der Feminismus heute in allererster Linie Konsequenzen aus der neoliberalen Entwicklung ziehen müsse, was wohl weitgehend un-

<sup>1</sup> Mechthild Bereswill: „Gender“ als neue Humanressource? Gender Mainstreaming und Geschlechterdemokratie zwischen Ökonomisierung und Gesellschaftskritik. In: Michael Meuser/Claudia Neusüß (Hsg.): Gender Mainstreaming. Konzepte - Handlungsfelder – Instrumente. Bonn 2004, S.52-70

<sup>2</sup> Nancy Fraser: Frauen, denkt ökonomisch! In: taz, 7.4.2005, S.4 f., gekürzte Vortragsfassung, Tagung „Gender in Motion“ in Basel, März 2005. Die Überschrift ist eine nicht zufällige Erfindung der taz.

bestritten ist. Frauen sind durch Globalisierung und neoliberale Ökonomie besonders gefährdet, die Ungleichheiten können nicht mehr im Rahmen der Territorialstaaten bekämpft werden, feministische Politik muß transnationale Ursachen erkennen und einer „falschen Rahmensetzung“ (misframing) entgegenwirken. Wir befinden uns in einer neuen „Unsicherheitsgesellschaft“, die die alte sozialdemokratische Wohlfahrtsgesellschaft bereits abgelöst hat. Auf diese Entwicklung habe der Feminismus nicht angemessen reagiert. Statt die Politik der *Gleichheit* zu intensivieren, sei er ausgewichen in eine Politik der *Anerkennung der Differenz*. „Unfähig, zielstrebig gegen die Ungerechtigkeiten der politischen Ökonomie vorzugehen, schoss man sich auf Schäden ein, die androzentrische Strukturen ... verursacht hatten ... Während vorherige Generationen ein erweitertes Modell sozialer Gleichheit verfolgten, ging es jetzt in erster Linie um kulturelle Veränderungen“<sup>3</sup>. Die Politik der Anerkennung sei eine kulturalistische Einbahnstraße gewesen, weil sie das Problem der Ungleichheit zum *kulturellen* Problem, abgetrennt von der politischen Ökonomie gemacht habe.

Was ist gemeint, wenn die Ökonomisierung des Feminismus gefordert wird? M.E muß unterschieden werden zwischen *politökonomischer Analyse*, *ökonomieorientierter Politik*, Kapitalismuskritik, öffentlichem Handeln und einer *Ökonomisierung des Denkens*. Die letztere wird zum Problem, wenn wir nach dem Bewußtsein, der Motiv- und Interessenslage der Basis fragen, d.h. danach, was eine potentielle *Frauenbewegung* wieder antreiben könnte. Für diese sind *kulturelle* Fragen nicht unwichtiger oder wichtiger als ökonomische. Die konkreten Frauen bewegen sich in ihrem konkreten Leben, vor allem je ärmer sie sind, i.a. auch nicht in transnationalen Räumen, sondern in ihrer Region. Und für diese ist die politische Kultur und ist eine Kultur der Anerkennung wie das Lebensklima, so wichtig wie die Luft zum Atmen. In der geforderten Vorrangigkeit einer Verknüpfung von Feminismus und Ökonomie steckt so etwas wie die Rückkehr zum „Erst kommt das Fressen, dann die Moral“, also zu einer allzu einfachen oder gar zynischen Sicht auf die Probleme. Die „Frauen- und Geschlechterfrage“ basiert auf einem komplexen Bedingungsgefüge – einer Kultur des Umgangs zwischen den Menschen, auf Gewalt und Gewaltabwehr, auf Meinungen, Einsichten, Wünschen, Ängsten, gelebtem und ungelebtem Leben, auf dem Umgang mit Minderheiten, auch der Anerkennung einer durch Migration veränderten, erweiterten Kultur, die nicht einem „deutschen Erbe“ entstammt. Die Ökonomisierung von allem und jedem, auch von Anerkennungskonflikten, damit auch von Rassismus, Ethnizismus, nationalrevolutionären Protesten, Geschichtspolitik etc. etc. führt zu einer Eindimensionalität der Ursachenforschung und des Denkens, die alle Ideen in eine einzige Richtung treibt, den Horizont verengt und verarmt und das Handeln lähmt.

Heute ist in der westlichen Welt von einer „Entkernung der Subjekte“ die Rede<sup>4</sup>, einem „Substanzvakuum“, das wohl auch ein Ergebnis jener ökonomischen Prioritätssetzungen ist. Die emanzipatorische Forderung nach Selbstbestimmung mutiert zu einem Zwang zur Selbstoptimierung, mit der das Individuum zum passenden Instrument des Marktes werden soll, zur Verpflichtung, durch Selbstdisziplinierung oder Selbstenteignung ökonomische Standards zu erreichen, die außerdem für viele gar nicht erreichbar sind<sup>5</sup>.

Ich glaube, daß viele, z.B. Hartz-IV-Empfängerinnen, die Aufforderung: „Frauen, denkt ökonomisch!“, „werdet flexibel, orientiert euch am Markt, sucht Marktlücken, gründet Ich-AGs“ etc. nicht mehr hören können. Die Leute haben genug davon. Diese Forderung verkennt und reduziert die komplexen Lebensinteressen. Das Problem ist nicht neu, es war schon zu Beginn

<sup>3</sup> Nancy Fraser, a.a.O., S.4

<sup>4</sup> Berliner Zeitung vom 13.5.05, S.25

<sup>5</sup> Stephan Lessenich: Der ganz normale Irrsinn. In: Freitag 23, 10.Juni 2005, S.5

der ersten Frauenbewegung präsent<sup>6</sup>. Bürgerliche Frauen haben sehr wohl ökonomisch gedacht, allerdings bekanntlich mit Blick auf die Ressourcen des jeweiligen Mannes, der solange attraktiv blieb, wie er Zugang zu den Quellen kleineren oder größeren Reichtums garantierte. Das ökonomische Interesse der zugehörigen Frauen gehörte zum Streben des Bourgeois<sup>7</sup>. Dabei erlagen viele dem immer gleichen Kreislauf von aufflackernden Gefühlen, Enttäuschung und Leere. Das wollte die Frauenbewegung ändern – auch im Wissen, daß die Priorität ökonomischer Privatinteressen eine Bewegung zerstört, weil sie ständigen Vergleich, Neid, egozentrische Wünsche schafft. Zwar hatte der Feminismus das Ziel, daß Frauen ihren Lebensunterhalt allein sichern können. Aber der Feminismus wollte mehr. Er stellte die Orientierung an einer Logik überhaupt in Frage, mit der das persönliche Streben gekettet an materielle Versprechungen und mit diesen hohl und mitleidslos blieb. Wir nannten diese Anketung patriarchal, Spiegel des Zusammengehens von kapitalistischem und patriarchalem Denken. Der Feminismus wollte eine andere Gesellschaft, eine menschengerechte Welt, und er wollte, daß Frauen sich für diese Veränderung vollwertig zuständig sehen.

Was heute ist, ist bekannt. Statistisch gesehen ist ein Frau zu sein weiterhin ein Berufsrisiko. Mehr Frauen als Männer sind arbeitslos, gehören zu den Dauerarbeitslosen, brauchen länger, um wieder Arbeit zu finden, stellen 80% der Teilzeitarbeiter etc. Zugleich gelten junge gut ausgebildete Frauen als „pragmatisch, nicht feministisch“, orientiert eher an der Großmutter als der Müttergeneration, zupackend, tatkräftig, unsentimental, sie lehnen sich nicht zurück und sie wissen um ihre Freiheiten<sup>8</sup>. Auf alle Fälle: sie wollen nicht reduziert werden auf ein ungleichbehandeltes, defizitäres Geschlecht. Sie mögen nicht als *besonders* Geschädigte definiert finden. Sie beanspruchen keinen Sonderstatus. Sie sehen sich voll zugehörig, auch zu einer Gesellschaft, die sich in eine „Gesellschaft des Weniger“ verwandelt.

Feministische Diskursfähigkeit kann sich nur beweisen, wenn wir auf diese Entwicklung eingehen. Es könnte sein, daß der gegenwärtige Zeitpunkt - crash von rot-grün, der zu erwartende konservative Sieg - gar nicht so ungünstig ist, um wieder grundlegende Fragen zu stellen. „*Demokratie heißt enttäuscht sein, aber mit der Enttäuschung umgehen zu lernen*“<sup>9</sup>. Gerade die Enttäuschung von der Politik könnte zu einer Belebung des Politischen führen: eines andern Machtbegriffs, der längst vergessen oder nie angekommen ist; zur Besinnung auf eine brachliegende Kraft des Zusammenhandels, die auch aus den feministischen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte kommen kann; zu einer Vitalisierung der Basis, einer neuen Diskursmacht. Es sollte uns nicht mehr peinlich sein, Fragen zu stellen, die sich vom Korsett der Richtlinien, Satzungen und Satzungszwecke befreien und sich vom Machbarkeitsargument nicht sofort abgeschmettern lassen. Auch was nicht geht, das Potentielle, muß man denken und sagen. Es geht darum, die Diskrepanz zu zeigen zwischen Politik und Lebensinteressen im Wissen darum, daß das Leben kurz ist und uns nicht endlos Zeit bleibt. Es geht um einen Machbegriff, der die Pluralisierung der Frauen produktiv werden lässt, statt als Zersplitterung zu beklagen. Wenn Frauen befreit sein sollen, können sie sich auch in alle Richtungen entwickeln, was schließlich eine Konsequenz unserer eigenen Forderungen ist. Es geht um Räume fürs Anfangen, die die Eintrittskarten nicht auf „Erfolgsfrauen“ rationiert, sondern das Potential verschiedener, inländischer und migrierter Frauen nutzen. Auf dem Iranerinnen-Kongress letztes Jahr in Berlin im Haus der Kulturen sagte eine der Organisatorinnen: „Wir Iranerinnen

<sup>6</sup> z.B. Hedwig Dohm: Der Frauen Natur und Recht. Zwei Abhandlungen über Eigenschaften und Stimmrecht der Frauen. Berlin 1876. Reprint Neunkirch 1986

<sup>7</sup> Literarisches Paradebeispiel ist Flauberts Madame Bovary

<sup>8</sup> z.B. Pragmatisch statt feministisch – Frauen in Deutschland. In: SPIEGEL special, Nr.4, 2005: Die Deutschen – 60 Jahre nach Kriegsende, S.152-158

<sup>9</sup> Ulrike Draesner: Wer wollen wir werden? In: Freitag 23, 10.Juni 2005, S.11

in Deutschland verstehen uns als Teil der deutschen Frauenbewegung“. Wie haben eigentlich Inländerinnen auf dieses Angebot reagiert?

Es geht auch darum, Inhalte nicht auf Frauen- und Geschlechterfragen einzugrenzen. Frauen als Gleiche anzusehen heißt auch, ihr Interesse an allen gesellschaftlichen Fragen einzufordern. Es geht darum, Stellung zu nehmen zu einer Gesellschaft, die sich in gewaltigem Umbruch befindet und deren soziale Integrationsmechanismen versagen; zu einer Politik, die keine Antworten mehr auf die sozialen und menschlichen Fragen weiß; die keine Kommunikationsbrücken zu den eigenen verschiedenartigsten Bevölkerungen findet; die das „Weniger ist mehr“ auf die Habenichtss verschieben will. Eine Perspektive könnte darin liegen, das „Weniger“ *für alle* mit einem „Mehr“ zu füllen: durch die Ermutigung, sich auf Potentiale zu besinnen, mit denen allein die Begrenztheit und die Vielfalt des *einen* Lebens zu bewältigen ist. Vorausgesetzt ist eine aktive Zivilgesellschaft, und hilfreich wäre eine „armutsfeste Grundversicherung“.